

Beschluss der wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Bundesländern

im Rahmen der Sprechertagung
vom 23. bis 24. Juni 2019 in Jena

Ökonomie und Ökologie verbinden

Wirtschaftspolitik gestaltet Zukunft

Deutschland gehört zu den führenden Wirtschaftsnationen weltweit und steht für Innovation, Technologiestärke und attraktive Arbeitsplätze. Grundlage dafür ist die Soziale Marktwirtschaft, an der sich die Union stets orientiert. Sie garantiert der Gesellschaft unseren hohen Lebensstandard zu erhalten und sozial schwächer Gestellten Sicherheit in einer solidarischen Gesellschaft. Deutschland hat eine Verantwortung in der Welt. Heute und in Zukunft noch mehr denn je zuvor. Unsere Technologien tragen dazu bei, dass eine weiter stark wachsende Weltbevölkerung gut und sicher leben kann und Ressourcen besser geschont werden können.

Wir erleben spannende Zeiten. In unserer Generation werden die Weichen gestellt, die festlegen, welche Richtung unser Land in die Zukunft nehmen wird. Die zunehmende Globalisierung und vor allem die Digitalisierung erfordern Ideen, wie wir unsere Soziale Marktwirtschaft fortentwickeln und den neuen Herausforderungen anpassen können. Jetzt sind wichtige, zukunftsorientierte und vor allem mutige Weichenstellungen durch die Politik gefragt, dass wir diese Chancen auch nutzen können. Dazu müssen wir das Unternehmertum stärken, indem wir Raum geben für neue Ideen, Innovationen, Leistungs- und Risikobereitschaft. Unsere Aufgabe ist es, den Rahmen dafür zu schaffen, ohne regulierend in Märkte einzugreifen und den Unternehmen alles bis ins Detail vorzuschreiben. Unsere Unternehmen brauchen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen und keine einengenden Vorschriften.

Die wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der CDU/ CSU-Fraktionen positionieren sich klar gegen Steuererhöhungen. Der Bund wird aufgefordert, sich weiterhin für zügige Reformen hin zu steuerlichen Entlastungen und einem spürbaren Bürokratieabbau für Unternehmen einzusetzen, im Besonderen für eine mittelstandsfreundliche Reform der Unternehmenssteuern und Abbau bestehender Bürokratie im Steuerrecht.

Alle Gesetzesvorhaben müssen auf ihre finanziellen und personellen Auswirkungen sowie ihre Praxistauglichkeit überprüft werden.

Um international mithalten zu können, müssen wir in Deutschland schneller, dynamischer, agiler werden. Das betrifft den technologischen Wandel in wichtigen Schlüs-

selindustrien genauso wie unser gesamtes Innovationssystem und vor allem auch unsere aufwändigen Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Wir brauchen wieder mehr Innovationskultur und keine Verbotskultur und es muss erlaubt sein, mit neuen Ideen scheitern zu dürfen, ohne dadurch bei seiner weiteren Entwicklung gehemmt zu werden.

Politik muss vor allem mit der rasanten Entwicklung der Wirtschaft, aber auch mit globalen und technischen Entwicklungen mithalten!

Klimaschutz durch Technologie und Innovationen stärken, Mobilität der Zukunft

Der Schutz unseres Klimas ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle gleichermaßen angeht. Die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie ist uns auch in diesem Zusammenhang wichtig und daher ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik.

Wir nehmen die Sorgen vieler Menschen um den Klimaschutz ernst und unterstützen die von der Bundesregierung eingegangenen internationalen Verpflichtungen zum Schutz des Klimas und zur Reduzierung der Emissionen klimarelevanter Gase.

Wir verstehen Klimaschutz als eine internationale Aufgabe, denn nur so kann das weltweite Klima nachhaltig beeinflusst und verbessert werden.

Aber Deutschland muss auch mit gutem Beispiel voranschreiten. In den vergangenen Jahren konnte in Deutschland schon viel für den Klimaschutz und die Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen erreicht werden. Dennoch sind zur Einhaltung der geplanten nationalen und internationalen Verpflichtungen weitere wesentliche Einsparungen an klimaschädlichen Emissionen erforderlich.

Aus diesem Grund ist es dringend erforderlich, dass es in Deutschland endlich ein ganzheitliches Energiekonzept gibt, das auf die Gesamtökobilanz ausgerichtet ist.

Zur Erreichung der Einsparziele ist die Zukunft unserer Mobilität ein wichtiger Bereich, den wir klug und ideologiefrei begleiten möchten. Im Ergebnis muss der CO₂-Ausstoß im Verkehrsbereich signifikant sinken. ÖPNV, Bahn und Radverkehr als klimaschonende Mobilitätsalternative müssen attraktiver und leistungsfähiger gemacht werden.

Wir sprechen uns für einen technologieoffene und klimaschonende Mobilität der Zukunft aus.

Wir wollen auch die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie sowie die Power-to-X-Technologie (PtX) fördern und noch bestehende wirtschaftliche Nachteile abbauen. Zudem wollen wir den Verbrennungsmotoren und den Einsatz innovativer

synthetischer Kraftstoffe (e-fuels, Biokraftstoffe, etc.) eine Chance geben und deren Weiterentwicklung unterstützen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gegen die Benachteiligung synthetischer Kraftstoffe einzusetzen und konkret für:

- ein Konzept für die Marktentwicklung und Regulierung synthetischer Kraftstoffe, adressiert auf alle Verkehrsträger und unter Prüfung der steuerlichen Belastung und von Investitionsanreizen in der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie;
- die zeitnahe Berücksichtigung von synthetischen Kraftstoffen bei zukünftigen Regelungsvorhaben der Europäischen Kommission, im Besonderen bei der CO₂-Flottenregulierung Pkw und schwere Nutzfahrzeuge, und gleichwertige Anerkennung als Ergänzung zur Elektromobilität;
- die Entwicklung einer klaren verkehrs- und automobilpolitischen Zielvision, in der ökonomische, soziale und ökologische Anforderungen langfristig und dauerhaft miteinander in Einklang gebracht werden.

Zum weiteren Ausbau und der Weiterentwicklung elektrischer Antriebe gehört auch die Weiterentwicklung der Batterie. Die Fähigkeit künftige Energiespeichertechnologien weiter zu entwickeln und in Großserien zu fertigen, ist für die technologische Vorreiterschaft unseres Wirtschaftsstandortes entscheidend. Die Batterie der Zukunft muss bei uns entwickelt werden. Kapazität, verwendete Rohstoffe und die Recyclingfähigkeit sind nur einige Parameter die weiterentwickelt werden müssen.

Wir wollen daher unserer Industrie und Wirtschaft den nötigen Raum geben, die besten Lösungen zu entwickeln und zur Marktreife zu bringen, fordern aber unsere Automobilindustrie gleichzeitig auf, noch mehr in alternative Antriebstechnologien zu investieren und sich an vereinbarte Ziele zu halten. Der Vorstoß von Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen die in Berlin ein gemeinsames Positionspapier vorgestellt haben, um den Wandel zu einer klimaschonenden Mobilität wirtschaftlich erfolgreich und sozial verträglich voranzutreiben, ist ein erster wichtiger Schritt.

Gleichzeitig wollen wir auch den Dialog mit der Automobilindustrie stärken. Unser Fokus sollte dabei jedoch nicht nur auf dem Austausch mit den großen Automobilherstellern liegen, der sicherlich richtig und wichtig ist. Wir werden den Dialog mit unserem Mittelstand im Bereich der Automobilzulieferer, des Handels und des Handwerks intensivieren. Sie benötigen vermehrt unsere Unterstützung, um bei den rasanten Veränderungen Schritt halten zu können. Wir wollen daher kleine und mittlere Unternehmen mit geeigneten Förderprogrammen bei ihrem Transformationsprozess unterstützen. Unser übergeordnetes Ziel muss dabei sein, die Zukunft unseres Mobilitätsstandortes Deutschland zu sichern.

Wir wollen daher dafür sorgen, dass durch kontinuierliche intensive Forschung und Entwicklung nachhaltige Technologien entstehen können und unser Wirtschaftsstandort so in die Lage versetzt wird, mittelfristig mit an der Kosten- und Marktführer-

schaft bei dem weltweit wachsenden Markt von Batteriezellen partizipieren zu können. Dadurch können wir Teil der Versorgungskette werden und Versorgungsrisiken minimieren.

Neben den technologischen Aspekten hoher Energiedichte und Leistungsfähigkeit zu wettbewerbsfähigen Preisen sowie langer Lebensdauer und vielen Ladezyklen müssen wir auch für nachhaltige und umweltverträgliche Produktions- und Entsorgungsbedingungen sorgen. Schließlich gilt es in der gesamten Wertschöpfungskette der Batterieherstellung von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung faire Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

Zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrsbereich muss auch der Flug- und Schiffsverkehr in den Blick genommen werden.

Die wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher sind sich daher einig, dass die im Bereich des Flug- und Schiffsverkehrs vergleichsweise hohen Klima- und Umweltbelastungen ebenfalls reduziert werden müssen. Zu aller erst müssen diese Reduktionen durch technische Innovationen erreicht werden. Alternative Antriebe und Kraftstoffe (u. a. synthetische Kraftstoffe) müssen hierzu noch schneller erforscht und marktreif entwickelt werden. Fragen der Besteuerung des Flugverkehrs (z.B. Kerosinsteuer) können nur auf der europäischen Ebene und mit einer ganzheitlichen europäischen Vorgehensweise geklärt werden.

Großes Potential bietet die Einsparung von CO₂ im Bereich der energieintensiven Industrien wie z.B. Aluminium, Stahl, Glas, Papier und Chemie. Es muss gelingen, die weltweite Technologieführerschaft für Energie- und CO₂-Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen und damit hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland zu halten. Ein gutes Beispiel ist das nordrhein-westfälische Programm „in4climate“ mit dem unter anderem die Entwicklung der klimaneutralen Stahlproduktion gefördert wird.

Vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung beschlossenen Kohleausstiegs und unter Abschluss des Atomausstiegs bis 2023 geht es jetzt um den beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien. Von großer Bedeutung sind Forschung und Investitionen in Energiespeicher. Hierzu müssen etwaige Doppelbelastungen von Energiespeichern abgebaut werden.

Neben den Bereichen Verkehr, Industrie und Energieerzeugung bietet auch der Gebäudesektor enorme Potenziale für Energie und CO₂ Effizienz. Insbesondere bei der energetischen Sanierung von Bestandsimmobilien gibt es in Deutschland erheblichen Nachholbedarf. Die Energieeinsparverordnung muss auf den Prüfstand gestellt werden um Hemmnisse insbesondere für private Hauseigentümer, Investoren und die Bauwirtschaft abzubauen. Wir fordern die Schaffung von steuerlichen Anreizen für die energetische Gebäudesanierung.

Zukunft der Arbeit

Das bestehende Arbeitszeitgesetz dient sowohl dem Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten als der Verbesserung der Rahmenbedingungen für flexible Arbeitszeitmodelle. Folglich dient das Arbeitszeitrecht lediglich der Definition der äußeren Grenzen der Arbeitszeit.

Ziel einer möglichen Reform ist es daher, eine höhere Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu ermöglichen. Wir wollen sowohl den Beschäftigten als auch den Betrieben im Zeitalter der Digitalisierung mehr Freiheiten bei der Gestaltung der Arbeitszeiten einräumen. Es ist uns dabei auch ein wichtiges Anliegen, dass durch ein höheres Maß an Flexibilität die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden kann.

Der Schutz der Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bleibt auch künftig ein entscheidender Bestandteil des Arbeitsrechts. Dieser darf auch künftig nicht vernachlässigt werden.

Die wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher fordern die Bundesregierung auf, das Arbeitszeitrecht grundlegend zu reformieren und an die heutigen Herausforderungen anzupassen. Dabei sind die besonderen Belange der Kleinst- und Kleinunternehmen zu berücksichtigen.